

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 1

Artikel: Die wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen des ANC für ein befreites Südafrika
Autor: Tambo, Oliver
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143314>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen des ANC für ein befreites Südafrika

Der antikoloniale, antirassistische und antifaschistische Kampf in Südafrika nähert sich seinem siegreichen Abschluss. Um seine Zielsetzungen zu verwirklichen, muss dieser Kampf in die Geburt eines geeinten demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika münden. Kein Zustand, der darunter bliebe, wäre von Dauer, noch würde er unserem Land Frieden und Stabilität bringen.

«Eine Person, eine Stimme» in einem Staat

Die Geschichte unseres Landes und die uns durch das System der weissen Minderheitsherrschaft aufgezwungenen Verhältnisse erfordern die Verwirklichung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Ziele. Eines davon ist, dass allen Menschen Südafrikas, Schwarzen wie Weissen, gleichermassen das Recht auf Selbstbestimmung zukommt. Praktisch bedeutet dies, dass jeder einzelne Angehörige unseres Volkes, ungeachtet der Hautfarbe oder Rasse, das unveräusserliche Recht haben muss, die Regierung zu wählen, die unser Land führen soll, nach dem Prinzip «eine Person, eine Stimme».

Das zweite Ziel ist, dass Südafrika ein einheitlicher Staat mit einer Zentralregierung werden muss, die von allen Erwachsenen nach allgemeinem Stimmrecht gewählt wird. Das bedeutet die völlige Beseitigung des Bantustan-Systems. Kein einziges Glied der Regierungsstruktur darf mehr nach dem Konzept rassistischer oder ethnischer Gruppeneinteilung gestaltet sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass diese demokratischen Vorstellungen sich auch auf die Verfügungsgewalt und die Kontrolle über die Wirtschaft beziehen. Deshalb muss das Programm der Landreform eine Gleichverteilung des Landes einschliessen, von dem heute 87 Prozent für die Weissen reserviert sind, die weniger als 20 Prozent der Bevölkerung stellen. Um das Ziel des gleichen Zugangs unseres ganzen Volkes zum Reichtum unseres Landes zu verwirklichen, wird es in ähnlicher Weise notwendig sein, die dominierenden Sektoren der Wirtschaft in öffentlichen Besitz zu überführen. Daraus ergeben sich drei bedeutende Folgerungen:

– Die neue demokratische Regierung wird auf diese Weise beträchtliche Ressourcen kontrollieren, was sie in die Lage versetzen wird, den Lebensstandard der Millionen Schwarzen zu heben, die gegenwärtig zu Verelendung und Rückständigkeit verdammt sind.

– Der rassistische Charakter der Eigentumsform am Produktivvermögen wird aufgehoben, während die Bergwerke, die Fabriken, Banken usw. sich heute fast ausschliesslich im Besitz Weisser befinden.

– Alle Geschäftsleute können unter gleichen Voraussetzungen miteinander in Wettbewerb treten. Das ist gegenwärtig unmöglich, da drei Unternehmenskonglomerate 80 Prozent des privaten Produktivvermögens kontrollieren. Darüber hinaus muss eine derart extreme Konzentration des nationalen Reichtums in nur wenigen Händen den demokrati-

schen Prozess ernsthaft beeinträchtigen.

Diese Perspektiven gehen nicht weiter als der Anspruch, dass Südafrikas Volk dieselben demokratischen Rechte geniessen soll, für die in der Französischen und in der Amerikanischen Revolution gekämpft worden ist. Es ist daher nur konsequent, dass wir die westliche Welt, einschliesslich der Schweiz, drängen, unsere allgemeinen Vorstellungen zu unterstützen. Schliesslich nehmen diese Länder stolz für sich in Anspruch, Bastionen der Demokratie zu sein, und wünschen, dass die gesamte Welt ihrem Beispiel folgen möge.

Die befremdliche Wirklichkeit ist jedoch, dass viele im Westen behaupten, Demokratie sei für Südafrika nicht gut. Sicher, es wird zugleich dafür eingetreten, dass mit der Apartheid Schluss sein müsse. Doch sollten wir sie durch eine Reihe komplizierter Übereinkünfte ersetzen, die angeblich durch die objektive Situation in Südafrika bedingt seien. Kernstück dieser Vorstellung wären Garantien für die sogenannten Rechte der weissen Minderheit. Ausserdem wird gesagt, diese Garantien könnten die weisse Minderheit dazu ermutigen, eine Machtteilung mit der schwarzen Mehrheit zu akzeptieren.

Konkret wird dann verlangt, dass wir nicht auf dem Prinzip «eine Person, eine Stimme» in einem einheitlichen Staat bestehen sollten. Statt dessen sollten wir uns mit einem System begnügen, in dem die weisse Bevölkerung als Gruppe ein Vetorecht besässe oder bei dem unser Volk nach rassistischen und ethnischen Kriterien geteilt würde oder nach einer Kombination aus beidem. Die Anhänger dieser These bestehen ausserdem darauf, dass jedwedes Nationalisierungsprogramm nicht nur eine Einschränkung der Freiheit der individuellen Eigentümer, sondern zugleich einen Angriff auf die Rechte der weissen Bevölkerung als Gruppe darstelle.

Die reaktionäre Angst vor einer «schwarzen Mehrheitsherrschaft»

Der African National Congress (ANC) ist eine Organisation des südafrikanischen Volkes. Er wurde gerade deshalb gebildet, weil seine Gründerväter – unsere Vorläufer – eine Situation schaffen wollten, in der unser ganzes Volk unter Bedingungen der Freiheit, des Friedens und der Stabilität leben könnten. Der ANC ist über die vergangenen 74 Jahre hinweg gewachsen und hat sich zu jener mächtigen Kraft entwickelt, die er heute darstellt, weil ihn die Massen unseres Volkes als Verkörperung dieser Vorstellung von einem freien und friedlichen Südafrika für alle Menschen unseres Landes ungeachtet ihrer Hautfarbe ansehen.

Es wird inzwischen weithin akzeptiert, dass der ANC notwendigerweise ein entscheidender Faktor bei jeder politischen Übereinkunft in Südafrika sein wird. Wir sind uns daher des Umstandes sehr genau bewusst, dass unsere Aufgabe in dem Masse leichter sein wird, in dem wir ein Land mit so geringen Zerstörungen und mit so wenigen Gegensätzen innerhalb seiner Bevölkerung wie möglich übernehmen können. Folglich sind wir an einer möglichst friedlichen Lösung des südafrikanischen Problems interessiert. Wir können aber keinen trügerischen Frieden einhandeln, indem wir einen Rassismus tolerieren, der sich nur eine neue Verkleidung zugelegt hat. Noch dürfen wir darauf aus sein, unser eigenes Leben im Namen der Gewaltlosigkeit zu erhalten, wenn dies gleichzeitig bedeutet, die Unterdrückung unseres Volkes fortbestehen zu lassen.

Wir müssen hier kategorisch und unzweideutig feststellen, dass der ANC keinerlei Vereinbarungen anerkennen wird, die unserem Land rassistische Kriterien aufzwingen. Nirgendwo in der Welt existiert ein Land, dessen Politik und Alltag derart rassistisch sind wie in Südafrika. Unser Kampf ist antirassistisch. Er hat

zum Ziel, den Rassismus auszumerzen und eine nichtrassistische Gesellschaft zu schaffen. Das ist es, wofür unsere Leute sterben. Es ist diese Zukunftsvorstellung, der gegenüber wir die Treue zu bewahren haben.

Grundsätzlich geht die These von der Erhaltung sogenannter weisser Minderheitsrechte von einem rassistischen und antidemokratischen Konzept aus. Die genetischen Eigenheiten der weissen Bevölkerung unseres Landes sollen diese zu einer besonderen politischen Gruppe machen, mit eigenen, einzigartigen Interessen, die anders als die der übrigen Bevölkerung unseres Landes und ihnen gar konträr seien.

Gleichermassen lehnen wir die Folgerung aus dieser These ab, dass wir für eine schwarze Mehrheitsherrschaft kämpfen. Es ist eine reaktionäre Vorstellung, die aus uns eine Gruppierung macht, die anders sei als unsere weissen Landsleute – bloss, weil wir schwarz und sie weiss sind. Was wir sagen, ist: Es muss das Mehrheitsprinzip herrschen, demokratische Herrschaft durch eine nichtrassistisch bestimmte Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes.

Das Apartheidsystem basiert gerade auf der Vorstellung unterschiedlicher und gegensätzlicher rassistischer und ethnischer Gruppierungen. Dieses System zu zerstören, muss ganz gewiss heissen, dass wir die rassistischen Trennungen abschaffen, die es hervorgebracht hat und die unser Land in die Konfliktsituation gebracht haben, die es derzeit durchmacht – und weiterhin durchmachen wird, solange der Rassismus nicht beseitigt ist.

Wir können nicht akzeptieren, dass das Konzept weisser Gruppenrechte zugleich ein notwendiges Element der demokratischen Umwandlung Südafrikas darstellen soll. Der Widerstand gegen das Prinzip «eine Person, eine Stimme» resultiert exakt aus dem Bemühen, die Bevölkerung unseres Landes als ein Nebeneinander rassistischer Gruppierungen zu definieren. Ein allgemeines Stimm-

recht wird infolgedessen als etwas Gefährliches angesehen, weil – wie es dann heisst – dies dazu führen würde, dass die weisse Minderheit von der schwarzen Mehrheit überschwemmt würde.

Auch die Idee der Machtteilung bzw. der Föderation oder Konföderation basiert auf der Vorstellung von Rassen- und Gruppen, von denen jede für sich als politische organische Einheit behandelt werden müsse, die sich mit den anderen rassistischen politischen Einheiten um einen Modus vivendi zu bemühen habe.

Der vorgeschobene «Vorposten westlicher Zivilisation»

Der ANC hält an dem Prinzip fest, das in all den grossen Verfassungsdokumenten und Manifesten festgelegt ist, die als Leitsterne des epochalen Kampfes für die Schaffung eines demokratischen Regierungssystems dienen: Dass jede Person das Recht hat, als ein Individuum behandelt zu werden mit der uneingeschränkten Freiheit, nach eigenem Willen zu leben und zu handeln, und sich als Person frei zu entfalten, sofern dadurch nicht die Freiheit anderer beeinträchtigt wird. Wir halten an der herausragenden humanistischen Auffassung fest, dass Zufälligkeiten der Geburt dem Individuum weder zu dauerndem Nachteil gereichen, noch es mit Privilegien ausstatten sollen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Vorstellungen auf Südafrika ebenso anwendbar sind wie auf die Schweiz. Es wäre für unseren Kampf ausserordentlich hilfreich und würde die Grenzen demokratischer gesellschaftlicher Verhältnisse erweitern, wenn alle Demokraten in der Schweiz und anderswo sich als solche betrachten und entsprechend handeln würden.

Das Problem besteht freilich darin, dass ein grosser Teil der westlichen Welt sein Verhältnis zu Südafrika nach rassistischen Begriffen bestimmt. Im Denken vieler Europäer und Nordamerikaner ist die Vorstellung von Verwandten und Fremden verankert. Südafrikas Weisse

werden als zur selben Kaste gehörig angesehen, als ein Vorposten westlicher Zivilisation und Kultur, als eine Gemeinschaft auf dem afrikanischen Kontinent, die zur kaukasischen Menschheit gehört.

Wäre dem nicht so – die erste Frage wäre genau die nach den Rechten der Mehrheit: Was entspräche ihren Bestrebungen und nicht, was wird von der Minderheit akzeptiert oder toleriert! Aber offensichtlich ist dem nicht so. Wenn die Mehrheit Sanktionen verlangt, wird ihr erklärt, dies sei unklug, unwirksam und eine Waffe, die gerade der Mehrheit schaden würde. Wenn aber das Botha-Regime sagt, es könne nicht von der Apartheid abrücken, weil ein weisser Gegenschlag von rechts zu befürchten sei, dann sind viele Leute schnell dabei, zustimmend mit dem Kopf zu nicken, da sie einer Minderheit innerhalb der Minderheit zugestehen, sämtliche Aussichten auf einen Wandel zu blockieren.

Wenn bei einer unserer militärischen Operationen, ohne dass dies geplant oder beabsichtigt gewesen wäre, ein weisser Zivilist ums Leben kommt, müssen wir mit der leidenschaftlichen Anklage leben, wir seien Terroristen. Auf der anderen Seite dient das tägliche Gemetzel des weissen Minderheitsregimes an schwarzen Zivilisten lediglich der notwendigen Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Vielleicht könnte dies ein wenig sanfter geschehen, aber nichtsdestoweniger müsste dafür gesorgt werden.

Wir befinden uns in der aussergewöhnlichen Situation, dass ein Regime eine Verfassung erlässt, die besagt, dass die politische Macht ausschliesslich in den Händen der weissen Minderheit verbleiben soll, und dass auf dieser Grundlage Wahlen durchgeführt, Regierungen gebildet und die stumme Bevölkerungsmehrheit nach Gutdünken beherrscht werden. Dennoch ist dieses Regime als legitim anerkannt. Andere legitime Regierungen tauschen mit ihm diplomatische Vertreter aus und behandeln es als genuine Vertretung gerade des Volkes,

das versklavt ist. Es lässt sich unschwer ausmalen, was der Westen längst unternehmen hätte, gäbe es in Südafrika eine schwarze Bevölkerung, die 17 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmache und die übrige Bevölkerung, eine weisse, unterdrückte.

Wir sind nicht Schüler der Grausamkeit

Die vor allen Südafrikanern stehende unmittelbare Aufgabe ist die Machtenthebung des Regimes und die Überwindung der Apartheid. In der Erfüllung dieser Aufgabe sehen wir uns als Sachwalter der nichtrassistischen und demokratischen Zukunft, die unserem Volk nicht weniger zusteht, als sie den Völkern Deutschlands und Europas zustand, als die Nazis an der Macht waren. Wir sind die vordersten Frontkämpfer im Kampf für die Verwirklichung der in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung sowie der Charta der Vereinten Nationen formulierten Ziele. Wir bringen unsere Opfer, um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden und die Völker des südlichen Afrika von der Aggression und Destabilisierung zu befreien, denen das Pretoria-Regime sie ausgesetzt hat und aussetzt. Wir leisten unseren Beitrag zum weltweiten Kampf für die Beseitigung des Rassismus, zur Durchsetzung und Gewährleistung des Rechts eines jeden Individuums auf menschliche Würde und Respektierung durch seine Mitmenschen.

Bei der Führung dieses Kampfes wollen wir möglichst humane Mittel und Methoden einsetzen, denn wir sind der Überzeugung, dass die Kämpfer für eine demokratische und menschliche Gesellschaft nicht gleichzeitig auf brutale Methoden zurückgreifen und selber brutalisiert werden dürfen. Der ANC hat auch die Internationalen Vereinbarungen über die Kriegführung unterzeichnet, weil wir wussten, dass es angesichts der unvermeidlichen Erbitterung, die der Rassendünkel in unserem Volk erzeugt hat, notwendig sein würde, in unserem

eigenen Kampf die Vorstellung und Praxis der Humanität zum Ausdruck kommen zu lassen. Damals wie heute bleiben wir bemüht, nicht selber Schüler der Grausamkeit zu werden wie jene in Südafrika, die offen einräumen, dass ihre Politik sich auf Lehre und Praxis der Nazis gründet.

Wir sind zutiefst daran interessiert, dass der Übergang zur Demokratie in Südafrika so wenig zerstörerisch wie möglich vonstatten geht. Deshalb appellieren wir weiterhin an Sie als Bürger der Schweiz, eines wichtigen Wirtschaftspartners Apartheid-Südafrikas, Sanktionen zu verhängen und damit zur friedlichen Abschaffung des Apartheidsystems beizutragen.

Die Führung und die Mitglieder des ANC entstammen allen rassischen Gruppierungen unseres Landes. Sie verkehren miteinander als Gleiche und geeint in der Entschlossenheit, Südafrika in eine demokratische und nichtrassistische Gemeinschaft umzuwandeln. Zusammen wollen sie so viele Menschen unseres Volkes wie möglich in den Kampf gegen das Regime und System der Apartheid

einbeziehen: Arbeiter und Geschäftsleute, Farmer und Bauern, Intellektuelle und Schüler, die religiösen Gemeinschaften, die Frauen und die Jugend, Freiberufler und Kulturschaffende, Schwarze wie Weisse. Ihre Teilnahme am Kampf gibt ihnen die Möglichkeit zu bestimmen, wie das künftige Südafrika aussehen soll. Aus diesem Schmelztiegel des Kampfes wird der endgültige Entwurf des neuen, vereinten, demokratischen und nichtrassistischen Südafrika entstehen.

An der Ausarbeitung dieses Entwurfs werden auch unsere Führer Nelson Mandela, Walter Sisulu, Govan Mbeki, Ahmed Kathrada, Elias Motsoaledi, Raymond Mhlaba, Andrew Mlangeni, Harry Gwala und andere teilnehmen, die unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden müssen.

Es ist unsere innigste Hoffnung, dass an jenem Tag die Schweiz zu den Ländern gezählt werden kann, die Opfer gebracht haben, um Demokratie in Südafrika, Frieden im südlichen Afrika und Würde für die schwarzen Menschen überall zu erreichen.

Wenig zum Lachen

Als das Sekretariat meiner Kommission in Genf tätig war, begegnete ich im Wallis einem liebenswürdigen ehemaligen Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Er wollte wissen, was es mit meinen wiederholten Abstechern an den Genfer See auf sich habe. Ich erklärte ihm, an welcher Art von Bericht wir arbeiteten. Die verblüffende Reaktion des Ex-Präsidenten: «Nord-Süd? Ja, ja, immer die Italiener. . .»

(Willy Brandt, Der organisierte Wahnsinn, Köln 1985, S. 46/47)

«Die Bundesrepublik ist unter den modernen Industrienationen die Nummer Eins geworden, bitte sagen Sie das draussen», rief Bundeskanzler Helmut Kohl auf der 27. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU aus. An die Christen richtete Kohl die Aufforderung, sie sollten «in den Kirchen mehr über die Familie und weniger über die Dritte Welt sprechen».

(epd-Entwicklungspolitik 9/10/1986, S. 8)
